

Diversität statt Monokultur

Von Reinhold Hedtke und Silja Graupe

Die nordrhein-westfälische Landesregierung plant, das seit vielen Jahrzehnten etablierte Lehramtsstudium Sozialwissenschaften durch Wirtschaft-Politik zu ersetzen und auf die jüngst verordneten Lehrpläne auszurichten. Das stößt im Land auf eine ungewöhnlich breite und entschiedene Ablehnung. Eltern- und Lehrerverbände, Schüler- und Studierendenvertretungen, Hochschulleitungen, wissenschaftliche Fachgesellschaften, Lehrerausbildende und Lehrkräfte kritisieren das Projekt gleichermaßen. Woher rührt das Unbehagen?

Vor allem geht es darum, die Wissenschaftlichkeit des Studiums zu sichern. Aber auch der Stellenwert von politischen und gesellschaftlichen Themen in der Lehrerausbildung und im Unterricht ist zu bewahren. Lehrkräfte studieren Wissenschaften – nicht Schulfächer, also beispielsweise Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften oder Soziologie. Die akademische Lehrerausbildung ist eine historische Errungenschaft. Wie stark Wirtschaft, Politik und Gesellschaft von Wissenschaften durchdrungen sind, zeigt die aktuelle Corona-Pandemie. Jeder, der Verantwortung übernehmen will, ist auf Wissenschaftswissen und wissenschaftliches Denken angewiesen. Auch bereits der Schulunterricht muss deshalb wissenschaftsorientiert sein.

Lehrpläne sind hingegen Produkte der Ministerialbürokratie. Sie taugen nicht als Richtlinien für ein wissenschaftliches Studium. Selbstverständlich muss ein Studium im Ergebnis dazu befähigen, Schulfächer kompetent zu unterrichten. Aber Lehrpläne sind nicht das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit, sondern kulturministerieller Prozesse. Diese sind weitgehend intransparent. In Nordrhein-Westfalen erfährt die Öffentlichkeit nicht einmal, wer Mitglied der Lehrplan-Kommissionen war.

Es ist ein Gemeinplatz, dass ökonomisches Wissen und Können zur Allgemeinbildung und in die Lehrpläne gehört. Wie man dies in Fächern organisieren soll, muss allerdings stets neu ausgehandelt werden, ebenso wie die Frage, welche Inhalte hineingehören. Das neue Lehramtsstudium setzt stattdessen auf eine Monokultur des Wissens. Indem beispielsweise nur die deutsche Variante sozialer Marktwirtschaft vermittelt und

Die Soziologie wird durch die Neuausrichtung des Studiums weiter marginalisiert.

diese als gegeben vorausgesetzt wird, kommen Wissenschaftsorientierung, Multiperspektivität und Realitätsbezug zu kurz. Pluralität und Kontroversität werden von vornherein verfehlt. Die internationale Vielfalt wirtschaftlicher Institutionen und Kulturen bleibt unterbelichtet, die Diversität der ökonomischen Wirklichkeit wird unzureichend erörtert.

Schon Ordoliberaler wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow erkannten, dass Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wechselseitig aufeinander angewiesen sind. Das verlangt zwingend Interdisziplinarität. Röpke und Rüstow kritisierten die Soziologieblindheit der liberalen Ökonomie und betonten die sozialen Bedingungen für das Funktionieren von Markt und Marktwirtschaft. Mit der Neuausrichtung des Studiums auf Wirtschaft-Politik wird die Soziologie jedoch weiter marginalisiert. Ein Verständnis für die elementaren Voraussetzungen von Wirtschaft, die die Wirtschaft selbst nicht schaffen kann, fehlt.

Selbstverständlich muss der Blick nicht weit in die Vergangenheit schweifen. Auch Phänomene

wie der Klimawandel, die Corona-Pandemie und die vielfältigen wirtschaftlichen Herausforderungen, die sie begleiten, zeigen, wie dringend und rasch es eines neuen vielfältigen, vernetzten und dynamischen ökonomischen Denkens bedarf. Schülerinnen und Schüler müssen sich in einer hochgradig komplexen Wirtschaftswelt orientieren und diese verantwortungsvoll gestalten lernen.

Dazu trägt ein Schulfachstudium Wirtschaft-Politik wenig bei, weil es auf einer veralteten Monokultur abstrakten, statischen Fachwissens fußt. Sie ordnet das Wissen getrennt nach Disziplinen, statt es zur Lösung der drängenden Probleme systematisch zusammenzuführen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft, die sich mehr denn je – und noch dazu zügig – innerhalb der planetarischen Grenzen bewegen muss und dabei auf die Verknüpfung ökonomischer, sozialer und politischer Denkweisen angewiesen ist. Nur eine Wirtschaft, die ihre Einbettung in vielfältige Kontexte kennt und in Rechnung stellt, kann die historischen Herausforderungen bewältigen. In einer freiheitlichen Demokratie geht das nur mit Zustimmung der Bürger. Deshalb sollten Lehrkräfte diese Zusammenhänge studieren, damit Schüler sie verstehen lernen.

Ein plurales und selbstreflexives Studium der Sozialwissenschaften passt entschieden besser in unsere Zeit als das Schulfachstudium Wirtschaft-Politik, das sich an bildungspolitischen Interessen der Ministerialbürokratie orientiert.

Silja Graupe ist Professorin für Ökonomie und Philosophie an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues.

Reinhold Hedtke ist Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt.